

Mehrheit des Rates dagegenstimmen, um seine Entscheidung umstoßen zu können.

Überblickt man die aufgezeigten Fälle des Doppel-Vetos, so stellt sich die Frage, weshalb es eigentlich nicht öfter zu Blockierungszwecken eingelegt wurde. Die Antwort ist darin zu suchen, daß die zunächst bedeutungslose Generalversammlung sich durch die während der ersten Monate des Korea-Krieges am 3. November 1950 angenommene Resolution 377 (V) „Uniting for Peace“ zu dem in Sicherheitsfragen wichtigsten und zuverlässigsten Organ entwickelt hat<sup>17</sup>. Sie leitet ihre Allzuständigkeit aus dem in San Francisco von den kleinen und mittleren Staaten erkämpften Artikel 10 her, schaltet sich nunmehr in Sicherheitsfragen ein und erteilt Empfehlungen, sobald der Rat durch Blockierungsmanöver oder aus sonstigen Gründen handlungsunfähig ist. Diese Resolution sowie der Umstand, daß die Generalversammlung durch ihre ständig gewachsene Mitgliederzahl an Wichtigkeit gewonnen hat, haben dazu geführt, daß zwar immer noch der Sicherheitsrat in Sicherheitsfragen rechtlich das hauptverantwortliche Organ ist (Artikel 24), in Wirklichkeit hat der Rat jedoch seine ihm von den Satzungsgebern zugedachte Bedeutung eingebüßt und haben die ständigen Mitglieder ihre durch das Vetorecht gesicherte ursprüngliche Schlüsselposition in Sicherheitsfragen verloren. Damit soll nicht ausgeschlossen werden, daß aus anderen Gründen eine erneute Verlagerung des Gewichts von der Generalversammlung auf den Sicherheitsrat möglich ist. Gewisse Anzeichen sprechen dafür.

Es bleibt abzuwarten, inwieweit die gegenwärtige Finanz- und Verfassungskrise zu einem Comeback des Sicherheitsrates und damit zu einer Wiederaufwertung der Schlüsselposition der ständigen Mitglieder führen wird. Sollte das Pendel zugunsten des Sicherheitsrates zurückschwingen, werden die Blockierungstaktiken im Sicherheitsrat wieder an Bedeutung gewinnen.

#### Anmerkungen:

- 1 Yearbook of the UN 1946/47, S. 4.
- 2 Die Dumbarton Oaks-Gespräche dauerten vom 21. August bis zum 7. Oktober 1944.
- 3 Artikel 27 der Charta lautet:  
(1) Jedes Mitglied des Sicherheitsrates hat eine Stimme. (2) Beschlüsse des Sicherheitsrates über Verfahrensfragen bedürfen der Zustimmung von sieben Mitgliedern. (3) Beschlüsse des Sicherheitsrates über alle sonstigen Fragen bedürfen der Zustimmung von sieben Mitgliedern einschließlich sämtlicher ständigen Mitglieder, jedoch mit der Maßgabe, daß sich bei Beschlüssen aufgrund von Kapitel VI und von Artikel 52 Absatz (3) die Streitparteien der Stimme enthalten. - Der Artikel in dieser Form war bis Ende 1965 in Kraft. Dann wurde der Rat auf 15 Mitglieder erweitert. Seitdem bedarf es bei Beschlüssen zu (2) wie zu (3) der Zustimmung von 9 Mitgliedern des Rates. An der Schlüsselstellung der 5 ständigen Ratsmitglieder hat sich hierdurch nichts geändert; das Veto-Recht ist unangetastet.
- 4 Four Power Statement on Voting in the Security Council. Yearbook of the UN 1946/47, S. 23 ff.
- 5 Yearbook of the UN 1946/47, S. 24.
- 6 Gross, Leo: The Question of Laos and the Double Veto in the Security Council. American Journal of International Law 1960, S. 127; Pröbldorf, Klaus: Die „Uniting for Peace“ Resolution. Dissertation, Köln 1960, S. 70.
- 7 Gross, Leo: The Double Veto and the Four-Power Statement on Voting in the Security Council. Harvard Law Review, Vol. 67 S. 256; Kelsen, Hans: The Law of the UN, S. 254.
- 8 Official Record, Security Council 1946, 49th meeting S. 421 ff.
- 9 Official Record, Security Council 1946, 57th meeting S. 132—135.
- 10 Evatt führte im Sicherheitsrat aus: „The permanent member, according to that ruling, can say not only ‚I can veto the decision of the Council‘ but ‚I can determine the question which I will veto.‘“ (Official Record, Security Council 1946, 49th meeting S. 425.)
- 11 Official Record, Security Council 1947, 202nd meeting S. 2390—2401.
- 12 Official Record, Security Council 1948, 303rd meeting S. 19—27.
- 13 Rule 30: „If a representative raises a point of order, the President shall immediately state his ruling. If it is challenged, the President shall submit his ruling to the Security Council for immediate decision and it shall stand unless overruled.“
- 14 Official Record, Security Council 1950, 506th meeting S. 3 ff.
- 15 Official Record, Security Council 1959, 848th meeting S. 1—22.
- 16 Gross, Leo: Question of Laos, S. 129: „In the Laos case it was not merely the Statement but the Charter itself that suffered a setback . . . What the Laos case demonstrated is the persistent attempt of members of the UN to substitute rule by majority for the rule of Law.“
- 17 Pröbldorf s. Anm. 6, aaO. Ders.: Vom Sicherheitsrat zur Generalversammlung, VN Heft 1/62, S. 14—17.

## Entkolonialisierung und verschleierter Kolonialismus

PROF. DR. GUSTAV FOCHLER-HAUKE

*In keinem Punkt ist sich die farbige Welt, kräftig unterstützt vom kommunistischen Block, so einig, wie in der Brandmarkung der westeuropäischen Kolonialherrschaft in Übersee. Diese ist jedoch bis auf die portugiesischen Territorien und kleine Reste beendet. Aber gibt es nicht auch eine Kolonialherrschaft über Land? Wie sieht diese aus, wer ist hieran beteiligt, warum spricht man nicht von ihr? Und gibt es auch für sie ein Ende? Mit diesen Fragen und mit der merkwürdigen Tatsache, daß in der Weltöffentlichkeit der Kolonialismus über Meer allseits bekannt, der Kolonialismus über Land jedoch völlig unbekannt ist, befaßt sich der nachstehende Beitrag.*

Das sogenannte Kolonialzeitalter, das, nach einem ersten Höhepunkt im 18. Jh., im 1. Weltkrieg und in den darauffolgenden Jahren seine Gipfelung erreichte, sodann aber mit einer vorher nie geahnten Schnelligkeit seiner Endphase zustrebte, wurde und wird vornehmlich mit dem Begriff der „Europäisierung der Erde“ als Folge der europäischen Herrschaft über diese verbunden. Die im Entdeckungszeitalter von Spaniern und Portugiesen begonnene europäische Kolonialpolitik, die von den Franzosen, Holländern und Engländern fortgesetzt wurde und in die sich zuletzt auch Italien, das Deutsche Reich und Japan einschalteten, war in der zweiten Hälfte des 19. Jh. in eine neue Phase eingetreten, in

jene des mehr oder weniger stark mit einem Sendungsglauben verbrämten Wirtschafts imperialismus, als dessen Hauptträger Großbritannien in den Vordergrund trat. Ziele der sich industrialisierenden Kolonialmächte waren die Sicherung der Rohstoffzufuhr, die Gewinnung neuer Siedlungsräume und Märkte und insgesamt eine ständige Vermehrung der eigenen machtpolitischen Kräfte. Längst gehörte — von Ausnahmen abgesehen — die primitive Ausbeutungspolitik in den erworbenen Kolonien der Vergangenheit an, hatte sich doch die Erkenntnis durchgesetzt, daß auf die Dauer nur die systematische Entwicklung der beherrschten Gebiete echten Gewinn erbringen könne. Man sah sich zu immer größeren Investitionen veranlaßt, wobei man mehr und mehr erkannte, daß ein Nutzen daraus erst nach längeren Fristen erwartet werden durfte. Diese Investitionen besaßen den Charakter der heutigen Entwicklungshilfe, allerdings mit dem Unterschied, daß sie nach dem Gutdünken der herrschenden, auf künftigen Gewinn ausgehenden Mächte gemacht wurden, wobei Planmäßigkeit, Sachkenntnis und politische Ruhe wohl in der Mehrzahl der Fälle positive Auswirkungen auch für die Beherrschten verbürgten.

Nach der marxistischen Ideologie war gerade diese letzte Phase der europäischen Kolonialherrschaft mit besonders vielen negativen Erscheinungen behaftet, gewissermaßen das über die ganze Welt sich auswirkende Endprodukt der letzten Stufe des Kapitalismus, von den schlimmsten Auswirkungen

für die beherrschten Länder und Völker. Auf dem Internationalen Orientalistenkongreß, der 1964 in Neu-Delhi stattfand, waren zahlreiche Vorträge marxistischer Teilnehmer der Verurteilung des europäisch-nordamerikanischen Kolonialismus der Vergangenheit und Gegenwart und des sogenannten Neokolonialismus gewidmet. Das Orientalische Institut der Karl-Marx-Universität in Leipzig brachte 1964 in Ost-Berlin einen Sammelband heraus, der eine Anzahl von Beiträgen enthält, die auf den genannten Vorträgen fußen. Verfasser sind u. a. mitteldeutsche, sowjetische und arabische Historiker und Wirtschaftswissenschaftler. Im folgenden seien die Titel einige dieser Arbeiten angeführt, da sie eindeutig die in ihnen zutage tretende Tendenz beleuchten:

Marokko als Expansionsphäre der deutschen Großbourgeoisie im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts.

Die Kolonialpolitik des französischen Imperialismus in Marokko während der ersten Jahre des Protektorats 1912 bis 1920.

Zur kolonialpolitischen Praxis des englischen Imperialismus im Irak in der Zeit von 1932 bis 1939.

Die französische Politik des Neokolonialismus in Algerien nach dem Zweiten Weltkrieg.

Englisch-amerikanische Gegensätze im Kampf um das Erdöl des Mittleren Ostens.

Die Expansion des deutschen Imperialismus im Nahen und Mittleren Osten unter den Bedingungen des Zerfalls des imperialistischen Kolonialsystems.

So einseitig auch fast alle diese Beiträge sein mögen, die fast nur die Schattenseiten der kolonialpolitischen und kolonialwirtschaftlichen Prozesse beleuchten bzw. bestrebt sind, solche zu konstruieren, sie haben ebensowenig wie zahlreiche andere Vorträge auf internationalen Kongressen und eine Flut von einschlägigen Publikationen ihre Wirkung auf die Entwicklungsländer verfehlt; deren heranwachsende Intelligenz ist in der unsicheren Übergangssituation der politischen und geistigen Struktur ihrer Heimat leicht empfänglich für alle wirklichen oder verfälscht dargestellten Handlungen der einstigen oder noch aktiven Kolonialmächte, aus denen deren Versäumnisse herausgelesen und die eigene Ohnmacht oder Fehlerhaftigkeit entschuldigt werden könnten. Die kommunistischen Bestrebungen, die Kolonialepoche in lediglich negativem Licht zu zeigen, gehen bereits auf Lenin zurück, der sich durchaus der Sprengkraft einer solchen Tendenz, d. h. ihrer Wirkung auf die einst oder noch von europäischen Mächten beherrschten Völker bewußt war. Es muß jedoch hinzugefügt werden, daß auch die Geschichtsbetrachtung zahlreicher nordamerikanischer Politiker und Politologen in Hinsicht auf die Kolonialpolitik der europäischen Mächte kaum weniger einseitig ist, wobei oft die durchaus kolonialistische und imperialistische Politik der USA übergangen wird, die seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts zumindest in Lateinamerika in mehreren Abschnitten deutlich genug verfolgt werden kann.

Seit im Jahre 1955 die Vertreter von 23 asiatischen und 6 afrikanischen Ländern auf der ersten Konferenz von Bandung (Indonesien) zusammenkamen, um den Kampf gegen Kolonialismus und Rassendiskriminierung zu koordinieren und die politische, wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit zu fördern, hat sich in der internationalen Publizistik die Auseinandersetzung über Kolonialismus, Neokolonialismus und Imperialismus außerordentlich verstärkt und sich nicht zuletzt durch die meist außerordentlich geschickte und vielseitige Polemik von Vertretern der kommunistischen Ideologie ständig verschärft, obwohl seither die Entkolonialisierung geradezu überstürzt fortschritt und manche Kolonialmächte, wie etwa Großbritannien und Frankreich, sogar zunehmend die Interessen britischer bzw. französischer Siedler in Afrika gegenüber jenen der farbigen Mehrheit hintansetzten. Auch die gegenüber den engsten Verbündeten nicht selten rücksichtslos anticolonialistische Tendenzen verfechtenden USA wurden und werden von den Angriffen der kommunistischen und neutralistischen Antikolonialisten nicht verschont, sondern

immer nachdrücklicher zumindest des Neokolonialismus geziehen, wenn man schon nicht oder nur bedingt in der Lage ist, Nordamerika koloniale Schuld anzulasten. Die zahlreichen seit Bandung abgehaltenen Konferenzen afro-asiatischer und bündnisloser Staaten haben fast stets Kolonialismus, Neokolonialismus und Imperialismus in den Vordergrund gerückt; vielfach war dies die einzige wirklich echte Übereinstimmung. Das zeigte sich auch in den Konferenzen von Belgrad (1961 und im Herbst 1964). Auf weiteren entsprechenden afro-asiatischen Konferenzen wird es nicht viel anders sein. Rücksicht wurde in keiner Weise genommen. Selbst die Staaten, die am freigebigsten mit Entwicklungshilfe sind, blieben nicht verschont. Erst der sich verstärkende Gegensatz zwischen Peking und Moskau, die Spaltung der kommunistischen Welt, brachte neue Akzente in diese widerspruchsvolle und für eine ungestörte Entfaltung der Entwicklungsländer nachteilige Situation.

Es ist bis jetzt kaum der Versuch unternommen worden, die merkwürdige Tatsache aufzuhellen, warum bisher fast stets in dieser Verurteilung des Kolonialismus nur die europäischen Kolonialmächte von einst und jetzt, kurzfristig auch Japan, selten die USA oder gar afrikanische oder asiatische Länder und nur sporadisch die Sowjetunion oder China zum Ziel von Angriffen gemacht wurden. Einerseits läßt sich bei einer Sichtung des Schrifttums feststellen, daß gerade Wissenschaftler der verschiedensten Disziplinen aus europäischen Ländern, Engländer, Franzosen und Holländer ebenso wie Deutsche, mit am ernsthaftesten die Schattenseiten der Kolonialepoche in dem Bemühen untersucht und dargestellt haben, Fehler aufzudecken und künftig zu vermeiden. Gerade ihre Arbeiten bieten sich nicht nur konstruktiver Betrachtung und Anwendung dar, sondern können zu mehr oder weniger tendenziös ausgewerteten Quellen bewußter politischer Polemik mißbraucht werden. Die sowjetische, chinesische, japanische oder US-amerikanische Kolonialpolitik ist zumindest in Europa viel seltener als Studienobjekt gewählt worden, in Deutschland z. B. zeitweise nur im Sinne einer demagogischen Beleuchtung kommunistischer Aktivität oder unter dem Gesichtspunkt, den nordamerikanischen „Dollarimperialismus“ und die „weltbeherrschenden Ölkonzerne“ anzuprangern. Insgesamt läßt sich aber feststellen, daß es der Westen weder nachdrücklich versucht noch wirklich verstanden hat, auf breiter Basis aufklärend über Licht- und Schattenseiten der Kolonialpolitik zu wirken, Verleumdungen entgegenzutreten und, soweit erforderlich, die Praktiken derjenigen bloßzustellen, die anderen vorwerfen, was sie selbst in gleicher oder noch stärker zu verurteilender Weise getan haben. In einer Zeit, in der die Massenmedien eine immer größere Wirkung auch in den Entwicklungsländern gewinnen, ist es mehr als je notwendig, gehässiger und entstellender Meinungsbildung entgegenzutreten. Zurückhaltung in dieser Hinsicht birgt nicht nur Nachteile für die Angegriffenen in sich, sondern schädigt letzten Endes auch die Länder und Völker, die echte Hilfe benötigen und wirksame Aufbauarbeit leisten wollen.

Deutschland verzeichnet eine besonders ungünstige Situation, da es aus zweierlei Gründen an der Darstellung der wahren Abläufe und Gegebenheiten gehindert ist. Die Vertreter der Politischen und Ökonomischen Geographie in Mitteldeutschland verwenden ihre Arbeit nicht zuletzt darauf, die einstige deutsche koloniale Betätigung und die derzeitige westdeutsche Entwicklungshilfe im Sinne der vorerwähnten Studien über Kolonialismus und Neokolonialismus darzustellen. In der Bundesrepublik aber ist in Auswirkung der Verirrungen und Entstellungen, deren sich im Laufe der dreißiger Jahre einige Vertreter der Geopolitik schuldig machten, die Beschäftigung mit Problemen, die in den Bereich der Politischen Geographie fallen, lange Zeit hindurch fast verdächtig gewesen und bis heute vernachlässigt geblieben. Aber auch dann, wenn man ältere Arbeiten zur Hand nimmt und Aufklärung darüber

sucht, warum fast stets nur von Kolonien und Kolonialpolitik gesprochen wird, soweit es sich um europäische *Übersee*-besitzungen oder ganz allgemein um Besitzungen handelt, die nicht unmittelbar an das Mutterland anschließen, wird man enttäuscht sein. Immerhin hat Friedrich Ratzel (1844 bis 1904), der Begründer der Politischen Geographie, in seinen Studien über das Leben der Völker bereits Ansätze für die allgemeingültige Betrachtung von Kolonisationsvorgängen gegeben, schrieb er doch:

„Durch langsame, aber nie aufhörende Auswanderung und Kolonisation, durch Schritt für Schritt mehr mit friedlichen als kriegerischen Mitteln, besonders mit Handel und Ackerbau arbeitende Aufsaugung der widerstrebenden Bevölkerungen gewachsen, ist China älter geworden und steht, trotz so vieler Rückschläge der politischen Entwicklung, fester als die glänzend emporgestiegenen Eroberungsstaaten... Eine ähnliche Bewegung haben die britischen Tochtervölker in allen Erdteilen geschaffen. Sie nahm im engen Inselland die Form der überseeischen Wanderung an. Das Muttergebiet war eng, reif und geschätzt genug, um gleichmäßigen Zufluß für Jahrhunderte zu gewähren... Durch planmäßige Verteilung, Verwendung und Beschäftigung der Auswanderermassen entsteht die politische Kolonisation, wie sie Rom groß und die Halbinsel Italien zur Mutter einer der größten Völkerfamilien gemacht hat. Man könnte sie als planmäßige Durchdringung bezeichnen.“<sup>1</sup>

Ratzel hat in seiner Betrachtung von Kolonisationsvorgängen keinen grundsätzlichen Unterschied gemacht zwischen Eroberung und siedlerischer Durchdringung von an das Mutterland angrenzenden Räumen einerseits und überseeischen andererseits. In zahlreichen Arbeiten deutscher und nicht-deutscher Geographen und von Vertretern verwandter Disziplinen ist auch bei der Untersuchung von Besiedlungsvorgängen im eigenen Lande oder in eroberten angrenzenden Gebieten immer wieder von Kolonisation gesprochen worden, geht doch das Wort auf das lateinische „Colonia“, d. h. Bauernsiedlung, zurück, wobei man darunter eine Tochtergemeinde römischer Bürger in unterworfenen Gebieten verstand. Man hat es aber in der Geographie wie in der Publizistik versäumt, bei der Untersuchung und Schilderung von Kolonisationsvorgängen und Kolonialpolitik in Übersee immer wieder darauf hinzuweisen, daß es sich letzten Endes um ähnliche oder gleichartige Prozesse handelt, wie sie in früheren Zeiten für andere Völker und Bereiche zutrafen und seit dem Beginn der kolonialen europäischen Ausbreitung in Übersee, auch zu Lande bzw. anschließend an das bisher erworbene und erschlossene Land stattfanden, in Amerika ebenso wie in China und in den sibirischen und mittelasiatischen Besitzungen des zaristischen Rußland. In den Abhandlungen bedeutender Geographen, wie z. B. O. Maull, H. Schmitthener, K. Dietzel, werden zwar mit wissenschaftlicher Gründlichkeit die verschiedenen Arten von Kolonien beschrieben und in ihrer Charakteristik begründet, u. a. Siedlungskolonien, Handelskolonien, Pflanzungskolonien, Wirtschaftskolonien, Herrschaftskolonien, Militärstützpunkte, aber als Beispiele zur Verdeutlichung dienen fast nur europäische *Übersee*besitzungen. Dabei waren sich diese bedeutenden Vertreter der Anthropogeographie und innerhalb dieser besonders auch der Politischen Geographie selbstverständlich über die weitgehende Gleichartigkeit eines Großteils kolonialer Tätigkeit über Land und in Übersee im klaren. Wahrhold Drascher, der sich in der deutschen *Übersee*kunde große Verdienste erwarb und in seinem Buch „Schuld der Weißen?“<sup>2</sup> in besonders aufschlußreicher Weise die Spätzeit des Kolonialismus behandelte, läßt in dem genannten Werk ebenfalls *die über Land erfolgende Eroberung und Kolonisation* fast ganz außer acht: die zaristische in Sibirien und Mittelasien sowie im Kaukasus, die nordamerikanische in den einst mexikanischen Gebieten, die chinesische in den sogenannten Außenländern, die javanische in Indonien, die indische in Assam und anderen vorderindischen

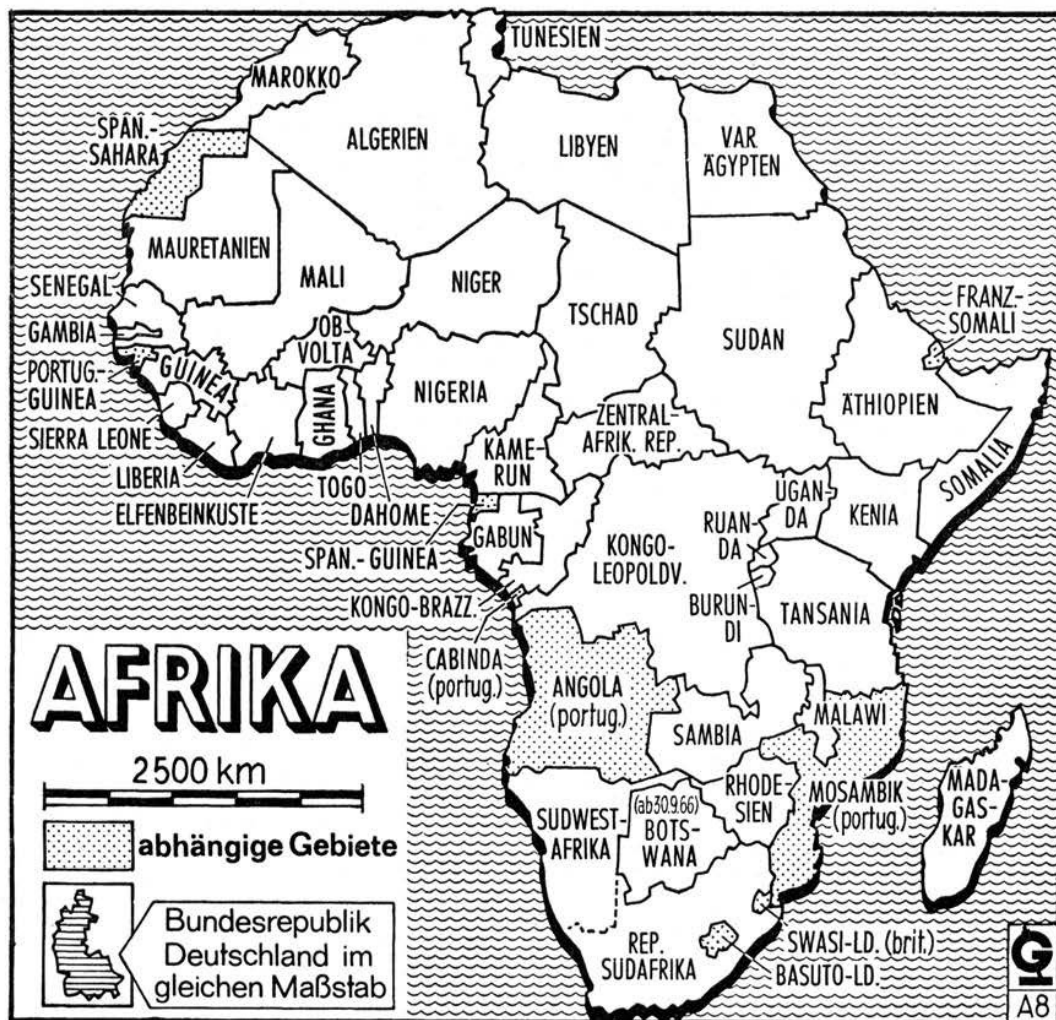
Landstrichen, die vietnamesische in Indochina usw. Er schreibt lediglich zur Begründung:

„Es war von ausschlaggebender Bedeutung, daß die koloniale Erschließung seitens Europa auf dem Weg über die Meere erfolgte, weshalb, wie anfangs ‚Indien‘, nun der Begriff ‚Übersee‘ zu einer Sammelbezeichnung für alle Erdteile wurde, die nur über See zu erreichen waren und von den Küsten aus in den eigenen Herrschaftsbereich eingegliedert wurden. Damals war die Seeherrschaft Voraussetzung für jede koloniale Ausbreitung in jenen Gebieten, da nur sie die Sicherung der Zufahrtswege möglich machte. Die an Umfang und Intensität zwar geringere, jedoch auch weitgreifende Expansion Rußlands nach Asien erfolgte aber über Land. Das ist wohl der Grund, warum dieser Imperialismus, der durchaus kolonialistische Züge trägt, vielfach doch nicht als eigentlicher ‚Kolonialismus‘ empfunden wird.“

### **Kolonisation über Land und in Übersee Macht und Siedlung in Zeit und Raum**

Die heutige völlig einseitige Beurteilung des Kolonialismus, die Verurteilung der europäischen Kolonialpolitik und des angeblich von den Westmächten praktizierten Neokolonialismus, sie wären in diesem Umfang und in dieser Schärfe nicht möglich, wenn die Vertreter der einschlägigen Disziplinen und die Publizistik ganz allgemein nicht einfach die *Kolonisation über Land* beiseite gelassen oder nur andeutungsweise im Zusammenhang mit dem gesamten Kolonialgeschehen behandelt hätten. Auch in dem erwähnten Buch „Schuld der Weißen?“ wird durch dieses Unterlassen die vorhandene Schuld letzten Endes nur den Völkern angelastet, die *in Übersee Kolonialpolitik getrieben oder Herrschaftsgebiete erworben hatten. Es fällt somit Völkern und Mächten, die nur oder weitgehend nur über Land eroberte Räume erschlossen haben, leicht, sich frei von kolonialen Sünden zu sehen, mit den Fingern auf die anderen zu deuten und sich damit das Wohlwollen der Völker der einst oder noch immer beherrschten afrikanischen, asiatischen und lateinamerikanischen Gebiete zu sichern. Solange die kommunistischen Länder und die von Kolonialherrschaft befreiten jungen Staaten bestrebt sind, für die Schwierigkeiten der Entwicklungsländer in erster Linie die europäische Kolonialpolitik verantwortlich zu machen, solange wird es notwendig sein, diesen oft berechtigten, aber mindestens so oft unberechtigten Beschuldigungen sachlich entgegenzuwirken und vergleichende Beispiele zu bringen, aus der Geschichte des Zarenreiches und der Sowjetunion, aus der chinesischen Geschichte und chinesischen Gegenwart, aus dem Sudan, aus Ägypten und Äthiopien und vielen anderen Ländern. Wem solche Betrachtungen überflüssig oder als nicht würdig erscheinen, der darf sich nicht beklagen, wenn das in den letzten Jahrzehnten so rasch gesunkene Prestige Europas weiter sinkt, wenn sich Folgen einstellen, die für die europäische Selbstbehauptung schädlich sein müssen.*

Es dürfte sich bei der Anwendung von zweierlei Maßstäben für die Betrachtung von Kolonialpolitik und Kolonisationsvorgängen nicht etwa um das Vorwalten eines falschen „Raumbildes“ handeln, denn die einschlägigen und sehr zahlreichen wissenschaftlichen Arbeiten zur Kolonisation über Land in Ländern der Alten und Neuen Welt zeugen durchaus vom Bewußtsein grundsätzlicher Gleichartigkeit von Kolonisationsprozessen in angrenzenden Räumen und in Übersee. Die Erklärung scheint vielmehr in historisch-politischen Traditionen zu liegen. Seit Geschichte geschrieben wird, waren die Ausdehnung von Herrschaftsgebieten und ihr Schrumpfen feste Begriffe. Ländertausch, Länderverluste und Ländergewinne innerhalb eines Kontinentes wurden stets als selbstverständliche Folgen erfolgreicher oder fehlgeschlagener Politik, wachsender oder sinkender militärischer Macht angesehen. Von dieser Warte aus betrachtet war schließlich die russische Expansion nach Osten kein fundamental verschiedener Vorgang gegenüber der Ausdehnung nach Westen. An- und Umsiedlungsvorgänge in Verbindung mit einer



Die Entkolonialisierung in Übersee geht ihrem Ende entgegen. Bei der Gründung der Vereinten Nationen vor 20 Jahren gab es nur vier unabhängige afrikanische Staaten. Von den portugiesischen Kolonien Angola und Mosambik und einigen kleineren Territorien abgesehen ist Afrika heute ein freier Kontinent. Über Grundfragen des Kolonialismus unterrichtet der auf S. 52 beginnende Beitrag.

solchen Ausdehnung — es sei etwa an die preußische oder polnische Ostkolonisation erinnert — wurden zwar auch als „Kolonisation“ bezeichnet, sprach man doch z. B. auch in Deutschland vom Altsiedelland im Westen einerseits und von jüngerem „Kolonialland“ im Osten andererseits. Weltpolitisch betrachtet blieben aber alle diese Vorgänge im Rahmen der europäischen Geschichte im engeren Sinne. Die Trennung dieser Kolonisation von der überseeischen Siedlungsbewegung und Landerwerbung erfolgte wahrscheinlich unbewußt deshalb, weil mit dem Entdeckungszeitalter und mit der Eroberung von Kontinenten und Inseln jenseits des bis dahin entscheidenden europäisch-mittelmeerischen Weltbildes eine grundsätzlich neue Phase der Weltgeschichte, ja eigentlich überhaupt erst Universalgeschichte begann. Wenn Nehru einst die portugiesischen Besitzungen bzw. „Goa als eine Beleidigung der indischen Geographie“ bezeichnete, wenn Sukarno ähnlich in Hinsicht auf Indonesien von den einst britischen und nun zu Malaysia gehörenden Landesteilen von Borneo spricht, so wirken die oben erwähnten politisch-historischen Traditionen, der seit Jahrtausenden bezeugte Wille der politischen Gemeinschaften mit, das beherrschte Territorium abzurunden und auszudehnen, wie dies F. Ratzel so großartig dargestellt hat<sup>3</sup>.

### Der Gegensatz zwischen Moskau und Peking in kolonialistischer Sicht

Der Zeitpunkt für ein aktiveres Eingreifen in die Frage um das Maß von Schuld und Leistung in Kolonisation und Kolonialpolitik, Eroberung und Durchdringung fremder Gebiete

seit der Wende vom 15. zum 16. Jh. ist besonders günstig, denn der Streit zwischen Peking und Moskau, der sich von der ideologischen Auseinandersetzung zum machtpolitischen Interessenkonflikt auszuweiten begonnen hat, liefert wirksame Ansatzpunkte, von denen aus auch den bündnislosen Ländern, besonders den jungen Staaten, gerechtere Maßstäbe für Beurteilung der europäischen Kolonialpolitik gegeben werden könnten und sollten, als dies bisher geschehen ist. Leistung allein überzeugt nur selten, Propaganda vermag gerade angesichts der noch weiter wachsenden Bedeutung der Massenmedien Presse, Rundfunk, Fernsehen, Film die Leistungsmaßstäbe und die echten Bestrebungen zu verzerren, befinden sich doch diese Massenmedien in den meisten neutralistischen Staaten in den Händen von autoritären Regierungen und Einheitsparteien.

Die Andeutung chinesischer Gebietsansprüche gegenüber Moskau ist an sich nicht neu, denn schon in den Zwanziger Jahren der chinesischen Kuomintang-Republik waren Karten im Umlauf, in denen nicht nur sowjetische, sondern auch indochinesische und andere Gebiete als eigentlich chinesische Territorien erschienen, wobei offenbar dieser Anspruch dadurch gerechtfertigt wurde, daß sie früher einmal chinesische Hoheits- oder Tributgebiete gewesen sind. Seit dem Streit mit Moskau hat nun Peking sich konkreter zu diesen Problemen geäußert, ohne allerdings unmittelbare Forderungen auf Rückgliederung an Moskau zu stellen. Als am 10. Juli 1964 eine Gruppe sozialistischer Abgeordneter aus Japan in Peking von Mao Tsetung, dem Vorsitzenden des Zentralkomitees der chinesischen KP, empfangen wurde, kam das Gespräch auf die nach den alliierten Abkommen von Jalta und Potsdam

an die Sowjetunion angegliederten Kurilen, deren Rückgabe von vielen japanischen Politikern verlangt wird. Mao gab auf Ersuchen seiner Meinung zu dieser Frage Ausdruck:

„Es gibt zu viele von der Sowjetunion besetzte Gebiete. In Übereinstimmung mit dem Abkommen von Jalta hat die Sowjetunion unter dem Vorwand der Gewährleistung der Unabhängigkeit der Mongolei dieses Land in Wirklichkeit unter ihre Herrschaft gebracht. Die Mongolei nimmt eine viel größere Fläche als die Kurilen ein. Im Jahre 1954, als Chruschtschow und Bulganin nach China kamen, stellten wir diese Frage, man weigerte sich aber, mit uns zu sprechen. Sie haben sich einen Teil Rumäniens angeeignet. Sie trennten einen Teil Ostdeutschlands ab und vertrieben die Einheimischen nach dem westlichen Teil. Sie trennten einen Teil Polens ab, schlossen ihn Rußland an und übergaben als Entschädigung einen Teil Ostdeutschlands. Dasselbe geschah mit Finnland. Sie trennten alles ab, was sie abtrennen konnten. Einige Leute erklärten, daß das Gebiet Sinkiang und das Territorium nordwestlich vom Flusse Amur in den Bestand der Sowjetunion aufgenommen werden müssen... Vor ungefähr 100 Jahren wurde das Gebiet östlich des Baikalsees zum Territorium von Rußland, seitdem sind Wladiwostok, Chabarowsk, Kamtschatka und andere Punkte Territorium der Sowjetunion. Wir haben die Rechnung für diese Liste noch nicht vorgelegt. Was die Kurilen betrifft, so ist diese Frage für uns klar. Sie müssen Japan zurückerstattet werden<sup>4</sup>.“

Eine Antwort auf diese Vorwürfe sowjetischer kolonialer Eroberungen gab Chruschtschow in Moskau am 15. September 1964, ebenfalls bei einem Empfang für eine japanische Parlamentsdelegation:

„Mao Tsetung deutete an, daß die Sowjetunion ein viel zu großes Land sei. In Peking liebt man es zu betonen, daß die zaristische Regierung Rußlands viel zu viele Territorien erworben und sie in ihre Grenzen einbezogen habe. Wir wollen die russischen Zaren nicht in Schutz nehmen. Sie waren Räuber wie die anderen Herrscher, führten räuberische Kriege und waren bestrebt, sich fremden Gutes zu bemächtigen und ihren Besitz zu vermehren. Doch gegenüber Eroberungen der Vergangenheit — sowohl gegenüber den russischen Zaren als auch gegenüber den chinesischen Kaisern — muß es ein gleichartiges Verhalten geben. Die russischen Zaren führten Eroberungskriege. Und womit befaßten sich die chinesischen Kaiser? Mit ebensolchen Eroberungskriegen, mit ebensolchem Raub wie die Zaren Rußlands. Die chinesischen Kaiser eroberten Korea, bemächtigten sich der Mongolei, Tibets, Sinkiangs. Betrachten wir beispielsweise Sinkiang. Lebten denn dort seit altersher Chinesen? Die einheimische Bevölkerung von Sinkiang unterscheidet sich ethnisch, in der Sprache und in anderer Hinsicht stark von Chinesen. Es leben dort Uiguren, Kasachen und andere Völker. Die chinesischen Kaiser unterwarfen sie in der Vergangenheit und beraubten sie der Selbständigkeit. Wendet man sich der Geschichte zu und ruft man sich in Erinnerung, wie sich die Staaten herausgebildet haben, so sehen wir, daß in allen, den kleinen und den großen Staaten, die Herrscher sich mit Räuberei befaßten. Der Unterschied bestand lediglich darin, daß der stärkere Räuber mehr und der schwächere weniger an sich brachte... Jetzt leben wir in einer anderen Zeit — in einer geschichtlichen Übergangsperiode. Es hat sich das sozialistische Weltssystem gebildet. Die Zeit der Kolonialherrschaft geht zu Ende. Wir leben in einer Epoche der Revolutionen, der großen nationalen Befreiungsbewegung der Völker... So sagen wir denn: Laßt uns nicht hetzen, sondern laßt die Völker selbst über ihr Schicksal entscheiden. Nur so müssen strittige Fragen gelöst werden. Man muß die bestehenden Grenzen respektieren. Wir sind für die Selbstbestimmung der Völker<sup>5</sup>.“

Man kann Chruschtschow in der Gegenüberstellung der zaristischen und chinesischen Eroberungen nur zustimmen. Die Parallelen sind hier tatsächlich eindeutig. Anders verhält es sich dagegen mit den sowjetischen Einverleibungen seit 1917 und besonders seit 1945. Für diese können die Zaren nicht verantwortlich gemacht werden. Wenn Chruschtschow das Selbstbestimmungsrecht der Völker unterstreicht, dann muß er es für alle Völker gelten lassen, sonst überzeugt sein Argument nicht. Er und seine Nachfolger können auch nicht Portugal, Spanien, Frankreich und Großbritannien auffordern — wie dies schon häufig getan und besonders gegenüber afrikanischen und asiatischen Politikern ausgesprochen wurde —, ihre kolonialen Eroberungen aufzugeben, wenn sie nicht die teilweise viel später — erst seit dem 19. Jahrhundert — gemachten, weiträumigen zaristischen Eroberungen zur Debatte

stellen und den in der Sowjetunion lebenden mittelasiatischen, kaukasischen und anderen Völkern das unbeschränkte Recht zur Selbstbestimmung geben. Die Bevölkerung der nichtslawischen Gebiete hat sich teilweise heftig gegen die Einverleibung in die Sowjetunion gewehrt, wie viele Aufstände bezeugen, u. a. 1921 in Karelien und im Altai, 1922/25 in Aserbaidschan, 1927 in Georgien, 1929 in verschiedenen Gebieten des Kaukasus, 1930 in Armenien, 1931/32 im Fernen Osten, 1931 im Kaukasus. Wenn in Moskau betont wird, daß nach der sowjetischen Verfassung allen Unionsrepubliken das Recht zugestanden ist, sich aus der Sowjetunion herauszulösen, so kann dem entgegengehalten werden, daß praktisch die Möglichkeit dazu nicht gegeben worden ist.

### **Minderheiten unter kolonialem Druck**

Es ist nicht zu bestreiten, daß die verschiedenen Völker der Sowjetunion zumindest formal ungleich bessere Möglichkeiten haben, ihre kulturelle Eigenständigkeit zu pflegen, als dies unter dem Zarismus der Fall war. Ähnliches gilt für das kommunistische China in Hinsicht auf die nichtchinesischen Minderheiten, deren Anteil an der Gesamtbevölkerung Chinas zwar nur 6 vH beträgt, die aber fast die Hälfte der Gesamtfläche — wenn auch vielfach nur sporadisch — einnehmen und immerhin 50 bis 60 Millionen ausmachen dürften. Das Zarentum und die Sowjetunion haben in den im 19. Jh. eroberten Gebieten große Aufbauleistungen vollbracht und diese Gebiete erst an die moderne Entwicklung angeschlossen. Ähnliches läßt sich auch für China anführen, sowohl in der Mandchurei als auch in der Inneren Mongolei, im Südwesten, in Sinkiang und seit neuestem in Tibet, das in den letzten Jahren nach gewaltsamer Unterdrückung vieler Aufstände in Verkehr und Wirtschaft rasch erschlossen wird. Fast unvermeidlich geht jedoch in beiden Staaten mit diesen Erschließungsarbeiten, teilweise bewußt, ein „biologischer Kolonialismus“ vor sich, d. h. ein Prozeß, der seit 1961 durch die Tagungen des „Instituts zur Erforschung der UdSSR“ (München) so benannt ist und der verwandten Vorgängen in China, aber auch in Südtirol, entspricht. Mit der Erschließung neuen Ackerlandes, der Anlage neuer Bergwerke und dem Aufbau zahlreicher Industriezweige in Gebieten, die nicht von den eigentlichen staatstragenden Völkern besiedelt sind, mit der freiwilligen und zwangsweisen Aussiedlung und Neuansiedlung werden die Minderheitsvölker auch in den Landstrichen, in denen sie die Mehrheit besitzen, immer stärker zurückgedrängt, so daß sie auch in ihren angestammten Gebieten zur Minderheit und schließlich aufgesogen werden. In China sind z. B. in der Mandchurei längst die einst vorwiegenden tungusischen Völker unbedeutende Gruppen, in der Inneren Mongolei durch die chinesische Kolonisation die Mongolen eine immer mehr schrumpfende Minorität geworden; in Sinkiang droht den Turkvölkern, in Tibet den Tibetern ein ähnliches Schicksal. Gleiches gilt für viele nichtslawische Völker der Sowjetunion, wobei die Kasachen aus den verschiedensten Gründen am stärksten in Mitleidenschaft gezogen worden sind, nicht zuletzt durch die von Chruschtschow aktivierte „Neulandgewinnung“ riesigen Umfangs. In der Kasachischen SSR machten die Slawen 1926 knapp ein Drittel aus; heute stellen sie bereits mehr als die Hälfte der Bevölkerung, während die Kasachen nur noch einen Anteil von weniger als 30 vH behaupten. Diese Unterwanderung und Slawisierung der einst nichtslawischen Gebiete und die gewollte und ungewollte, keineswegs zwangsweise ausgeübte Russifizierung findet ihre Entsprechung in China durch die „biologische Kolonisation“ der Chinesen und die fortschreitende Sinisierung der Nichtchinesen.

Wenn nicht die Äußere Mongolei mit sowjetischer Hilfe eine selbständige kommunistische Volksrepublik geworden wäre und China nicht nach dem 2. Weltkrieg auf die Oberhoheit über dieses Gebiet hätte verzichten müssen, dann wären wahr-

scheinlich die Mongolen dieses Landes längst stärkstens von Chinesen unterwandert worden. Die Verantwortlichen in der Hauptstadt Ulan-Bator sehen jedenfalls bisher in ihrer Mehrheit die ethnische Behauptung des Mongolentums besser in einer Anlehnung an die Sowjetunion gewahrt als in einer Vereinigung mit China. Bei der Betrachtung dieser Vorgänge muß festgestellt werden, daß die wirtschaftliche Erschließung aller dieser Gebiete, die erst vor relativ kurzer Zeit erobert wurden, Prozesse wie die geschilderten fast unausbleiblich erscheinen läßt. Rein zahlenmäßig waren und sind die Kolonisationserfolge der Chinesen ungleich größer als die der Russen und Ukrainer, stehen doch heute in der noch vor wenigen Generationen weitgehend menschenleeren Mandschurei 52 Millionen Chinesen den nur rund 29 Millionen Slawen gegenüber, die sich in ungefähr der gleichen Zeit in den bis dahin ebenfalls nur sporadisch besiedelten Räumen Ostsibiriens angesiedelt haben, die zeitweise zu China gehört hatten, wenn auch kaum von den Chinesen genutzt worden waren. Es ist hier nicht der Raum, um über die Berechtigung oder Nichtberechtigung der chinesischen oder sowjetischen Handlungsweise zu urteilen, aber es soll ausdrücklich klargestellt werden, daß die Sowjetunion und China, die ständig den westeuropäischen Kolonialmächten von einst und jetzt Kolonialismus und Neokolonialismus vorwerfen, dazu kein Recht haben, da sie selbst, wie Mao Tsetung und Chruschtschow bestätigten, riesige eroberte und jung kolonisierte Räume innerhalb der Grenzen ihrer Staaten aufweisen.

#### **Kolonialismus und „Neokolonialismus“ afrikanischer und asiatischer Völker**

Gleiches läßt sich für viele asiatische und afrikanische Länder anführen, in denen vor und während der europäischen Kolonialherrschaft außerordentlich verwickelte, im einzelnen noch nicht aufgehellte Wanderungen und Unterwanderungen stattgefunden haben und noch weiter stattfinden. So haben Chinesen in verschiedenem Ausmaß südostasiatische, hinterindische und inselindische Gebiete durchdrungen, als Kaufleute, Ackerbauern und, teilweise von den europäischen Kolonialmächten ins Land geholt, als Arbeiter in Pflanzungen, in Bergwerken und in der Waldausbeutung. Singapur ist dadurch zu einer überwiegend chinesischen Stadt geworden. In anderen Gebieten haben die Chinesen als Händler eine einflußreiche Stellung gewonnen, aus denen man sie, wie etwa in Indonesien, neuerdings auszuschalten versucht. Diese starke Stellung der Chinesen kann einmal Peking veranlassen, auch politische Ansprüche anzumelden, wie dies auf Karten bereits geschehen ist. Der heutige Staat Indonesien war vor der niederländischen Herrschaft kein einheitliches Reich, sondern bestand aus zahlreichen Sultanaten. Als dann Indonesien in der Begrenzung des einstigen Niederländisch-Indien seine Unabhängigkeit erhielt, wehrten sich auf Sumatra, auf den Molukken und auf anderen Inseln verschiedene Bevölkerungsgruppen gegen die Vorherrschaft der Javaner, das eigentlich staatstragende Volk, das von seiner überbevölkerten Insel nach den anderen Inseln drängt und dort auch siedlungsmäßig weiter Fuß zu fassen sucht. Zahlreiche Aufstände erschütterten seit Erlangung der Unabhängigkeit das junge indonesische Staatswesen, das in vieler Hinsicht den Charakter einer Kolonialmacht besitzt. Gerade Indonesien aber gehört zu jenen afro-asiatischen Staaten, die am schärfsten gegen die europäischen Kolonialmächte und gegen den Neokolonialismus zu Felde ziehen. Obwohl es dem jungen Staat in absehbarer Zeit kaum möglich sein wird, das engere Indonesien ausreichend zu erschließen, ist die Außenpolitik seit Jahren auf Expansion abgestellt. So wurde von Anfang an die Einbeziehung des einst niederländischen West-Neuguinea (Irian Barat) gefordert. Dabei hat dieses Gebiet nie in größerem Umfang zur indonesischen Inselwelt gehört. Seine Bevölkerung besteht in der Masse aus Papua. Nur an den Küsten gibt es Gruppen mit

indonesischen Sprachen, deren Anteil an der Gesamtbevölkerung nur etwa 3 vH betragen mag. Durch geschickte Propaganda und mit Unterstützung der afro-asiatischen Staaten gelang es jedoch, die Weltmeinung im indonesischen Sinne zu beeinflussen, Sympathie in den USA und anderen Ländern zu gewinnen.

Indonesien begann nach und nach Freischärlergruppen — eine „Befreiungsarmee“ — in West-Neuguinea einzusetzen und wußte so geschickt für seine Ansichten und Ziele zu werben, daß nach und nach die Mehrheit der UNO-Mitglieder offen oder doch merkbar die indonesischen Interessen unterstützten. Die Niederlande, die ihre Politik in Neuguinea auf die Vorbereitung für die Selbstbestimmung und Unabhängigkeit der Papua abgestellt hatten, sahen sich — nach der Vermittlung der USA — veranlaßt, 1962 in New York mit Indonesien ein Abkommen zu schließen, um einen kriegerischen Konflikt zu vermeiden. Nach dieser Vereinbarung wurde zunächst das Gebiet von der UNO verwaltet, dann am 1. Mai 1963 an Indonesien angegliedert, das bis 1969 den Papua Gelegenheit geben soll, sich gegebenenfalls für volle Unabhängigkeit zu entscheiden. Es wird jedoch kaum erwartet, daß es zu einer echten Selbstbestimmungsentscheidung kommen wird. Ein Gebiet von rund 413 000 qkm und mit einer Bevölkerung von einer Dreiviertelmillion, die weder ethnisch noch sprachlich mit den indonesischen Gruppen verwandt ist, wurde dem jungen indonesischen Staat zugesprochen, in der Hoffnung, dadurch wenigstens in diesem Teil des krisenreichen Südostasiens den Frieden zu wahren. Historisch kann Indonesien keinen Anspruch auf Neuguinea beanspruchen, von dem nur einige kleine Küstenstriche vor der niederländischen Herrschaft zeitweise zum Einflußgebiet des Sultanats von Tidore — heute ein Bestandteil von Indonesien — gehört hatten. Indonesien gibt sich jedoch leider mit dem Entgegenkommen der UNO und der Niederlande nicht zufrieden und fordert auch die Eingliederung der einst britischen Besitzungen auf Borneo, die — mit Billigung der UNO — 1963 Bestandteil der Föderation Malaysia wurden. Es hat auch hier den Einsatz von Freischärlergruppen — z.T. Fallschirmjäger — organisiert. Der indonesische Staatspräsident Sukarno und Regierungsmitglieder haben mehrfach die „Zerschmetterung“ von Malaysia angedroht; als Malaysia im Januar 1965 als nichtständiges Mitglied in den UNO-Sicherheitsrat gewählt wurde, erklärte Indonesien seinen Austritt aus den Vereinten Nationen, ein Akt, der im Interesse aller Länder und Völker bedauert werden muß, da er eine Organisation trifft, die im Rahmen ihrer Möglichkeiten Frieden zu wahren oder Frieden zu stiften versucht. Die teilweise zwiespältige Haltung der Vereinten Nationen beruht nicht zuletzt darauf, daß sich die afro-asiatischen Staaten aus dem Konflikt heraushalten wollen, die kommunistischen Staaten die engeren Beziehungen Malaysias zu Großbritannien ablehnen und die USA wie ihre Verbündeten mit Recht Kompromisse einem Zusammenbruch der Vereinten Nationen vorziehen.

Auch aus Afrika sei wenigstens ein Beispiel angeführt, das geeignet ist aufzuzeigen, wie verschiedene koloniale Eroberungen und Beherrschung fremder Völker beurteilt werden, besonders seit die jungen Staaten Afrikas und Asiens zusammen mit einigen anderen Ländern zahlenmäßig die Vollversammlung beherrschen und aus Ressentiment sich immer häufiger gegen den Westen aussprechen. Dieser glaubt seinerseits, soviel Rücksicht wie möglich auf die Gefühlswelt der jungen Staaten bzw. ihrer Völker nehmen zu müssen, deren Reaktionen natürlich in mancher Hinsicht verständlich sind. Äthiopien, das älteste afrikanische Land mit kontinuierlicher staatlicher Tradition, hat in seiner langen Geschichte eine außerordentlich wechselnde Ausdehnung besessen, wie dies schon die Lage seiner einstigen Hauptstädte (Aksum, Gondar) und der jetzigen Hauptstadt Addis Abeba andeutet. Sein Herrscher gehört zu den maßvollsten und zielstrebigsten Po-

litikern des Kontinents, in dem er ebenso wie in anderen Gebieten mit Recht ein großes Ansehen genießt. Haile Selassie zählt aber gleichfalls zu den schärfsten Kritikern der europäischen Kolonialmächte und der Rassentrennungspolitik Südafrikas. Nur selten wird einmal von außen her die Frage gestellt, ob diese Kritik, von den äthiopischen Verhältnissen aus gesehen, wirklich berechtigt ist bzw. ob die dortigen Gegebenheiten zu keiner ähnlichen Kritik herausfordern. Zwar besaß Äthiopien in einigen Abschnitten seiner Geschichte ein größeres Reichsgebiet als etwa zu Beginn der zweiten Hälfte des 19. Jh., aber niemals hatte dieses eine Ausdehnung wie seit den Eroberungen der jüngeren Vergangenheit. Seit dem 18. Jh. waren die äthiopischen Kaiser weitgehend ohne Einfluß. In der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts schalteten sich zeitweise die Engländer ein, seit 1882 setzten sich die Italiener in Eritrea fest, dann folgten Angriffe der Mahdisten, bei deren Abwehr Johannes IV. fiel. Unter seinem Nachfolger Menelik II. vermochte Äthiopien nun das Reich nach Osten, Süden und Westen außerordentlich zu erweitern, auf das Mehrfache der Fläche des Kernlandes. Staatstragendes Volk blieben bis heute die eine semitische Sprache sprechenden, christlichen (Äthiopische Kirche) Amharen mit ihren Verwandten. Sie machen etwa ein Drittel der Gesamtbevölkerung aus, während die Masse der Bewohner aus Galla, daneben aus Dankali, Somali und Niloten besteht. Die absolute Vorherrschaft der Amharen war bis zur Eroberung durch Italien im Jahre 1936 eindeutig. Erst die Italiener schafften das alte „Gabbar-System“ ab, nach dem die nichtamharische Bevölkerung mehr oder weniger den Charakter von Hörigen besaß sowie Abgaben und Frondienste leisten mußte. Noch immer besitzen die amharische Geistlichkeit und der Adel eine bevorzugte Stellung, aber die in den letzten beiden Jahrzehnten durchgeführten Reformen haben doch die Situation der nichtamharischen Masse verbessert. Manche Bevölkerungsgruppen, besonders die Somali, stehen jedoch dem Staatswesen noch heute ablehnend gegenüber. In den letzten Jahren kam es auch im Grenzgebiet von Ogaden, in dem vorwiegend nomadische Somali leben, zu bewaffneten Konflikten mit dem Nachbarland Somalia, das sowohl die Eingliederung der von Somali bewohnten Landstriche Äthiopiens als auch die entsprechenden von Kenia fordert. Äthiopien hat zweifellos in großen Teilen seines Staatsgebietes den Charakter eines Koloniallandes, und in vieler Hinsicht lassen sich die Macht- und Mehrheitsverhältnisse und die großen rassischen, ethnischen und religiösen Unterschiede mit jenen von Südafrika vergleichen. Zwar gibt es in Äthiopien nicht, wie in Südafrika, eine Politik der Rassentrennung, aber die Gleichberechtigung der Bevölkerungsmehrheit gegenüber der herrschenden Minderheit dürfte in der Praxis kaum größer sein als jene der Bantu und Mischlinge gegenüber der weißen Minderheit in Südafrika. Auf jeden Fall ist Äthiopien ein typisches Beispiel für die Tatsache, daß die Eroberung von Gebieten unmittelbar vom Kernland aus *über Land* nur selten als eine koloniale Gebiets-erweiterung angesehen wird, desgleichen für die in Übung gekommene Taktik, nur oder fast nur die Herrschaft von Weißen über Nichtweiße als Kolonialherrschaft zu brandmarken.

#### **Beharrungskraft und Unzweckmäßigkeit kolonialer Grenzen**

In diesem Zusammenhang sei auch noch auf die eigenartig widerspruchsvolle Haltung der meisten jungen afro-asiatischen Staaten gegenüber Grenzfragen hingewiesen. Insgesamt wird, von wenigen Ausnahmen abgesehen, die von den Kolonialmächten in den meisten Fällen willkürlich im Laufe der Entwicklung erfolgte Grenzziehung als unverrückbar betrachtet, in Afrika ebenso wie in Asien. Die europäischen Kolonialmächte haben einst sehr verschiedene politische Gebilde und herrschaftslose Räume nach ihrem Gutdünken oder

nach zufälligen Entscheidungen zusammengefaßt, häufig ohne auf ethnische, sprachliche oder religiöse Verhältnisse Rücksicht zu nehmen. Nach Ansicht der maßgebenden Persönlichkeiten der jungen Staaten war diese koloniale Eroberung ein Verbrechen oder zumindest ein zu verurteilender Gewaltakt. Fast ausnahmslos aber forderten die Politiker dieser Länder vor der Unabhängigkeit, sowohl in Asien als auch in Afrika, die Souveränität im Rahmen der kolonialen Grenzen, so als ob diese heilig und unverletzlich seien. In den weitaus meisten Fällen wurden diese Forderungen auch erfüllt, zuletzt in Kenia, dessen Somali-Bevölkerung von London vergeblich die Angliederung ihres Wohngebietes an Somalia verlangt hatte. Das Ergebnis dieses Beharrrens auf den kolonialen Grenzen ist bei vielen Staaten eine sehr labile Lage, da nach dem Wegfall der straffen Zusammenfassung durch die einstige Kolonialmacht die häufig sehr unterschiedlichen Bevölkerungsteile innerhalb der einzelnen Staaten separatistische Tendenzen verfolgen, wofür Kongo (Léopoldville) das markanteste Beispiel abgibt, zu dem sich jüngst Nigeria gesellte. Vielen der jungen Staaten ist erst die Schaffung einer Nation aufgegeben, eine unerläßliche Aufgabe für den Zusammenhalt des Staatsgebietes, wenn keine anderen gemeinschaftsbildenden Kräfte gefunden werden können.

*Viele der maßgebenden Politiker asiatischer und afrikanischer Länder sind sich der latenten Gefahr bewußt und verhalten sich deshalb gegenüber Selbstbestimmungswünschen ethnischer Gruppen und gegenüber Forderungen nach Grenzveränderung ablehnend. Dieser von den örtlichen Gegebenheiten aus vielfach verständlichen Haltung afro-asiatischer Politiker müssen sich auch die deutschen Politiker bewußt sein, da sie sonst in ihren Erwartungen auf Unterstützungswilligkeit gegenüber deutschen Forderungen nach Selbstbestimmung und Wiedervereinigung enttäuscht werden würden.*

#### **Die Fortschritte in der Selbstbestimmung**

Die westlichen Kolonialmächte haben seit dem 2. Weltkrieg bewiesen, daß es ihnen ernst ist mit der Entkolonialisierung. Desgleichen haben sie in Umfang und in der Art von Entwicklungshilfe gezeigt, daß sie gewillt sind, den jungen aufstrebenden Staaten bei der Schaffung einer besseren Zukunft für ihre Völker zu helfen, mögen auch in manchen Fällen Fehler und Spekulationen selbstsüchtigen Charakters vorgekommen sein und noch weiter vorkommen. Die kolonialen Besitzungen Frankreichs, Großbritanniens und Spaniens sind nur noch verhältnismäßig geringfügig; die Bevölkerung dieser noch abhängigen Gebiete wurde fast durchweg in die Selbstverwaltung eingeführt. Bei vielen dieser kleinen Restbesitzungen wird es künftig nicht so sehr Schwierigkeiten bereiten, die Souveränität zu gewähren, sondern diese auch wirtschaftlich zu sichern. Portugal, das als einziges westliches Land alle seine afrikanischen Besitzungen behauptet hat und sie auch weiterhin als gleichberechtigte Teile des Mutterlandes diesem erhalten will, sieht sich neben Südafrika, das einen Sonderfall darstellt, am stärksten dem Druck seitens der afrikanischen, asiatischen und aller kommunistischen Staaten ausgesetzt, obwohl es jede Rassendiskriminierung ablehnt und nach den Worten von Staatspräsident Salazar eine „brasilianische Entwicklung“ anstrebt, d. h. eine multirassiale Nation gleichberechtigter Bürger verschiedener Herkunft. Ein Vergleich mit der Sowjetunion, mit China, Indonesien, Äthiopien und vielen anderen afro-asiatischen Staaten zeigt, daß die westlichen Kolonialmächte ihn nicht zu fürchten haben, da sie bereits auf den weitaus größten Teil ihrer Kolonien verzichtet haben und bestrebt sind, den einst von ihnen abhängigen Ländern zur Seite zu stehen und die noch in Abhängigkeit befindlichen auf die Souveränität vorzubereiten. 1961 hatten innerhalb einer Zeitspanne von nur 15 Jahren 83 vH aller vor diesem Zeitpunkt noch unter Kolonialherrschaft

lebender Völker in Übersee ihre Unabhängigkeit erhalten. Seither sind weitere Länder souverän geworden, so daß von der Gesamtbevölkerung der Erde heute weniger als 1 vH in politisch von anderen Staaten abhängigen Gebieten lebt. Aber wie steht es mit den über Land kolonisierten Gebieten Chinas, der Sowjetunion und anderer Länder? Werden auch sie entkolonisiert werden?

#### Schrifttum:

Aktuelle Iro-Landkarte, bearb. v. G. Fochler-Hauke, München, seit 1954. — Bruntschwig, H.: La colonisation française, Paris 1948. — Cathrill, A. L.: Verlorene Herrschaft, Berlin 1924. — Coulmas, P.: Der Fluch der Freiheit - Wohin marschiert die farbige Welt?, München 1962. — Die UdSSR, hrsg. v. W. Fikentscher (Übers. einer russ. Enzyklopädie), Berlin (Ost-) 1959. — Decker, J.: Die Republik Maluku Selantan, Göttingen 1957. — Drascher, W.: Die Vorherrschaft der weißen Rasse, Stuttgart 1936. — Ders.: Schuld der Weißen? Die Spätzeit des Kolonialismus, Tübingen 1961. — Ehrhard, J.: Le destin du colonialisme, Paris 1958. — Elckstedt, E. von: Rassendynamik von Ostasien usw., Berlin 1944. — Fitzgerald, W.: The Impact of Western Civilization on Negro Africa, in: Geogr. Review, New York 1936. — Fochler-Hauke, G.: Chinesische Kolonisation und Kolonialpolitik, in: Zeitschr. d. Ges. f. Erdkunde, Berlin 1933. — Ders.: Japanische Kolonisation und Kolonialpolitik, in: Koloniale Rundschau, Berlin 1936. — Ders.: Das Zeitalter der Verstärkung in den außereuropäischen Erdteilen, in: Saeculum, Freiburg i. Br. 1954. — Ders.: Afrika heute, in: Geogr. Taschenbuch, hrsg. v. E. Meynen, Wiesbaden 1964. — Ders.: Minderheiten und Umvolkungsvorgänge in China, ersch. in: Scheidtfestschrift, Wien 1965. — Frankel, A. S.: The Concept of Colonization, London 1949. — Huxley, E.: A New Earth. An Experiment in Colonialism, London 1960. — Iro-Völkerkunde, hrsg. v. A. Lommel u. O. Zerries, red. v. G. Fochler-Hauke, München 1963. — Itallaender, R.:

Der ruhelose Kontinent, Düsseldorf 1958. — Jacobs, R.: Weißer Mann — Böser Mann, Gütersloh 1960. — Kohn, H.: Ist die freie Welt zum Untergang verurteilt?, Opladen-Köln 1958. — Kolb, A.: Ostasien, Heidelberg 1963. — Maull, O.: Politische Geographie, Berlin 1956. — Nehru, J.: Indiens Weg zur Freiheit, Hamburg 1948. — Padmore, G.: Afrika unter dem Joch der Weißen, Zürich 1937. — Ders.: Pan-Africanism or Communism, London 1956. — Panikkar, K. M.: Asien und die Herrschaft des Westens, Zürich 1955. — Ders.: The Afro-Asian States and their Problems, London 1959. — Rathmann, L. (Hg.): Kolonialismus und Neokolonialismus in Nordafrika und Nahost, Berlin (Ost-) 1964. — Ratzel, F.: Politische Geographie, 3. A. hrsg. v. E. Oberhummer, München 1923. — Ders.: Erdenmacht und Völkerschicksal, Auswahl a. d. Werken, hrsg. v. K. Haushofer, Stuttgart 1940. — Samhaber, E.: Südamerika von heute, Stuttgart 1954. — Sanke, H. (Red.): Politische und Ökonomische Geographie, Berlin (Ost-) 1960. — Schmitt, M.: Die befreite Welt. Vom Kolonialsystem zur Partnerschaft, Baden-Baden 1963. — Schmitthenner, H.: Die japanische Expansion u. Kolonisation in Ostasien, in: Geogr. Zeitschr., Leipzig 1928. — Schwind, M.: Die Gestaltung Karafutos zum japanischen Raum, in: Erg. H. 239 zu Pet. Geogr. Mitt., Gotha 1942. — Stoddard, L.: The Clashing Tides of Colour against White World Supremacy, London 1935. — Strauß-Hupé, R. and W. Hazard: The Idea of Colonialism, New York 1958. — Thiel, E.: Sowjet-Fernost, München 1953. — United Nations Review, New York. — UN Monthly Chronicle, bes. Vol. 1 No. 2, New York 1964 (S. Coulibaly: Progress achieved in the field of decolonization).

#### Anmerkungen:

- 1 Ratzel, Friedrich: Erdenmacht und Völkerschicksal, Auswahl aus den Werken, hrsg. von K. Haushofer, Stuttgart 1940, S. 16.
- 2 Drascher, Wahrhold: Schuld der Weißen?, Tübingen 1961, S. 13.
- 3 Ratzel, Friedrich: Politische Geographie, München 1923.
- 4 Zitiert nach „Sowjetunion heute“, 1964 Nr. 18.
- 5 Zitiert nach „Sowjetunion heute“, 1964 Nr. 19.

## Aufschub politischer und Lösung wirtschaftlicher Aufgaben (Schluß)

### Ergebnisse der 20. Vollversammlung

DR. OTTO LEICHTER, NEW YORK

*Nachstehend der zweite Teil des Abschlußberichtes unseres New Yorker Korrespondenten über die 20. Vollversammlung. Den ersten Teil brachten wir im vorangegangenen Heft 1/66. Der folgende zweite Teil geht zeitlich dem Bericht über die ersten Monate dieses Jahres, den wir auf den Seiten 37 ff. dieses Heftes veröffentlichen, voran.*

*Aus dem Inhalt: Politische Ost-West-Fragen - Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten - Bemühungen um gutnachbarliche Beziehungen zwischen Ost- und Westeuropa - Tibet - Korea - Südrhodesische Unabhängigkeitserklärung lastet auf der Versammlung - Vollversammlung und Sicherheitsrat fassen Beschlüsse - Der britische Außenminister vertritt die Sache Großbritanniens - Afrikaner boykottieren Premierminister Wilson - Die afrosiatischen Staaten spielen in Kolonialfragen ihre Mehrheit aus - Die Apartheidpolitik wird keine Ruhe geben - Portugals Kolonialpolitik wird weiter bekämpft - Einstimmige Verdamnung jeglicher Rassendiskriminierung - Zusammenlegung der beiden UN-Entwicklungsorganisationen zum UN-Entwicklungsprogramm - Organisation für Industrie-Entwicklung im Prinzip gebilligt.*

#### IV. Politische Ost-West-Fragen

Sieht man von den unterschiedlichen politischen Auffassungen in der sogenannten Generaldebatte und von den eher Sonderfragen geltenden Meinungsverschiedenheiten in den Abrüstungsdiskussionen ab, so traten in der 20. Vollversammlung allgemeine politische Gegensätze nur bei vier Themen zutage.

Zwei von ihnen, das von der Sowjetunion bereits durch die Rede ihres Außenministers in der Generaldebatte in den

Vordergrund gerückte Thema der »Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten von Staaten« und das seit mehreren Jahren von Rumänien verfolgte Thema der »Förderung freundschaftlicher Beziehungen zwischen europäischen Staaten mit verschiedenen politischen und sozialen Systemen«, endeten mit der einstimmigen Annahme von Kompromißentscheidungen. Hier setzte sich die allgemeine Tendenz der 20. Vollversammlung durch, nach Möglichkeit Kampfabstimmungen zu vermeiden.

Über die beiden anderen Themen, Tibet und Korea, alte Streitfragen der Versammlung, wurde mit Mehrheit entschieden.

#### Nichteinmischung in innere Angelegenheiten

Die Sowjetunion legte zu diesem Thema nicht einen einfachen Resolutionsantrag vor, sondern den Entwurf für eine »Erklärung«, wodurch die im Text ausgesprochenen Grundsätze einen besonders feierlichen und damit herausragenden Charakter gewinnen sollten, vergleichbar etwa der »Erklärung über das Ende des Kolonialismus« oder gar der »Erklärung der Menschenrechte«. Der sowjetische Entwurf stellte den Versuch dar, vor allem die Aktionen der USA in Vietnam und in der Dominikanischen Republik zu verurteilen, ihre Haltung gegenüber Kuba wieder anzusprechen und bei diesem Vorgehen die antikolonialen Ressentiments der Afrikaner zu benutzen. Die USA antworteten mit einer großen Zahl von Abänderungsanträgen. Diese erkannten den Grundsatz der Nichteinmischung und die Achtung vor der Souveränität und Unabhängigkeit jedes Staates an. Sie weiteten zugleich aber, unterstützt durch noch eindeutiger formulierte britische Anträge, die Verurteilung der Intervention auf versteckte, subversive Einmischungen aus: Auf die Aufreizung zum Sturz von Regierungen von außerhalb eines Landes, auf die Anstiftung und Unterstützung von sogenannten »nationalen